

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Kultur in Deutschland“

Protokoll Nr. 15/10

Bearbeiter: VA Leberl / VAe Jäger

Kurzprotokoll

der 10. Sitzung (öffentlich) der Enquete-Kommission

"Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 8. März 2004, 12.00 Uhr,

Sitzungssaal: Raum 4041

Sitzungsort: Bundesrat, Leipziger Straße 3-4,

10117 Berlin

Einzigiger Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Anhörung zum Thema „Kulturelle Bildung in Deutschland“

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

Sitzungsbeginn: 12.15 Uhr

Außerhalb der Tagesordnung

Entschuldigt sind: Abg. Sehling, Abg. von Stetten, Dr. Susanne Binas (SV)

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung im Sitzungssaal des Bundesrates. Sie bedankt sich beim Stellvertretenden Direktor des Bundesrates MinDir Gerd Schmitt im Namen aller Mitglieder für die Möglichkeit, im Bundesrat zu tagen. Im Einsetzungsauftrag der Enquete-Kommission sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die "Förderung und Pflege von Kunst und Kultur ... in der Bundesrepublik Deutschland vorrangig eine Aufgabe von Ländern und Kommunen" sei. Die Enquete-Kommission habe in ihrer konstituierenden Sitzung einstimmig beschlossen, in Referenz gegenüber diesem Vorrang mit den Ländern in einen konstruktiven Dialog zu treten. Sie habe ferner beschlossen, diesen Vorrang auch dadurch öffentlich zum Ausdruck zu bringen, dass sie im Bundesrat selbst tagen wolle. Der Bundesrat habe sich sofort bereit erklärt, für Sitzungen der Enquete-Kommission zur Verfügung zu stehen. Die öffentliche Anhörung „Kulturelle Bildung in Deutschland“ sei ein gutes Thema, um das Miteinander von Bund und Ländern zu dokumentieren.

MinDir Gerd Schmitt, Stellvertr. Direktor des Bundesrates, bedankt sich für die Grüße und heißt die Mitglieder der Enquete-Kommission zu ihrer Sitzung herzlich willkommen.

Die **Vorsitzende** begrüßt die Gäste, die Medienvertreter vom DeutschlandRadio Berlin (Live-Übertragung) und die Experten der öffentlichen Anhörung. Sie stellt die Experten nacheinander vor: Prof. Dr. Hans Günther Bastian, Institut für Musikpädagogik, Dr. Gerd Eicker, Vorsitzender des Verbandes deutscher Musikschulen e.V., Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V., Peter Kamp, Vorsitzender des Bundesverbandes der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen, Dr. Jakob Johannes Koch, Referent für Kunst und Kultur des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz, Prof. Dr. Klaus Ring, Wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Lesen, Dr. Gerd Taube, Leiter des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche ASSITEJ, Sektion Bundesrepublik Deutschland e.V.)

Die **Vorsitzende** weist auf einige technische Details des anschließenden Empfangs beim Bundespräsidenten im Schloß Bellevue hin. Sie bittet um Verständnis, dass sie deshalb die Sitzung pünktlich um 15.10 Uhr schließen müsse. Die **Vorsitzende** erläutert das Verfahren der öffentlichen Anhörung: Da von den Experten schriftliche Stellungnahmen vorlägen,

werde auf Eingangsstatements verzichtet. Fragen sollten kurz und präzise an die Experten gerichtet werden, um möglichst jedem der anwesenden Mitglieder die Möglichkeit für Nachfragen zu geben.

Tagesordnungspunkt 1: Öffentliche Anhörung

Die **Vorsitzende** eröffnet die Öffentliche Anhörung mit der Frage an Prof. Bastian und Prof. Fuchs, ob es zulässig und notwendig sei, abgesehen von der politischen Durchsetzungsfähigkeit, auf die gesetzliche Verankerung von Pflichtaufgaben zu hoffen. Sie verweist dabei auf die Auffassung von Prof. Fuchs, dass das KJHG in der Praxis folgenlos bliebe und er die Einführung von Jugendbildungsgesetzen auf Länderebene gefordert habe.

Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV) bittet Prof. Fuchs, Dr. Eicker, Herrn Kamp und Dr. Taube um eine Konkretisierung ihrer schriftlichen Ausführungen dahingehend, wo sie angesichts der drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen verstärkt Handlungsbedarf sehen würden bzw. welche Maßnahmen sie zukünftig propagieren würden, um die Verbindung zwischen dem Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung herzustellen.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU) fragt Dr. Taube, Prof. Ring und Dr. Eicker nach der Rolle der Familie in der musikalischen und kulturellen Bildung bzw. welche Aufgaben dabei von der Politik zu leisten seien. An Dr. Koch richtet er die Frage, wie sich die rückläufigen Mitgliederzahlen der Kirchen auf das kirchliche Kulturangebot auswirkten.

Abg. Horst Kubatschka (SPD) fragt Prof. Ring, Prof. Bastian und Dr. Eicker, ob die kulturelle Bildung des Bundes in der bisherigen Form zielführend sei.

Prof. Dr. Hans Günther Bastian, Institut für Musikpädagogik Frankfurt, kritisiert das Insistieren auf dem Föderalismus durch die Kultusministerien der einzelnen Länder. Die Realität in den einzelnen Bundesländern sei geprägt von Unterrichtsausfall in den musikalischen Fächern von bis zu 80 Prozent bzw. sachfremder Unterrichtung. Grundlagenforschung und Hirnforschung hätten ausreichende Studien vorgelegt, warum die Musikpädagogik für eine zukünftige Gesellschaft dringend gebraucht werde. „Jugend

musiziert“ als Breiten- und Begabtenförderung sei unbedingt weiterzuführen und als großartiger Beitrag zu fördern.

Dr. Gerd Eicker, Verband deutscher Musikschulen, führt aus, dass das Projekt „Jugend musiziert“ eine Abbildung von musikalischer Bildung sei. Beginnend in einer großen Breite werde dieser regionale Wettbewerb, ausgerichtet von den Musikschulen, von Jahr zu Jahr stärker wahrgenommen, was von dem zunehmenden Interesse in der Gesellschaft zeuge. Diese Musikschularbeit habe eine pyramidale Struktur. Im Moment gäbe es ein permanent zunehmendes Bewusstsein von der Notwendigkeit musikalischer Bildung. Nach seinen Erfahrungen aus Gesprächen sei das Instrument in den Familien oft unbekannt, jedoch das Bewusstsein über die Notwendigkeit musikalischer Bildung sehr stark ausgeprägt. So hätten vierzig Prozent aller Musikschulen Angebote der musikalischen Familienbildung, d.h. für ein Elternteil und Kind, im Programm. Noch nie hätten in der Geschichte Deutschlands so viele Menschen Musik gemacht wie zur Zeit. Jedoch stünden wir am Anfang einer Regression, was ein strukturelles Problem sei. Diese rund 1000 öffentlichen Musikschulen, auf welche alle Kommunen stolz wären, seien mehr oder weniger bedroht. Erste Schließungsbeschlüsse lägen vor, weil diese Musikschulen kommunale Einrichtungen unter dem Titel „Freiwilligkeitsleistungen“ seien. Dieses Angebot an Musik- und Kunstschulen sei der Frage unterworfen, ob wir es uns leisten könnten oder nicht. Andere Länder seien uns da weit voraus, z.B. Österreich oder Norwegen.

Prof. Dr. Max Fuchs, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, legt dar, dass das KJHG nicht folgenlos bliebe. Man könne durchaus sagen, dass ein quantitativ größerer Teil kultureller Bildung über jugendpolitische Förderinstrumente gefördert werde als über kulturpolitische Förderinstrumente. Auf dieser Rechtsgrundlage des KJHG gründeten sich landesweite Förderprogramme, Landesjugendpläne als Rechtsgrundlage für Kommunen. Als zielführende Politik des Bundes auf der Basis der KJHG gäbe es einen Kinder- und Jugendplan des Bundes im Haushaltsplan der Jugendministerin „Förderung der Infrastruktur“. Dessen Aufgabe sei es, Impulse bis in die lokale Praxis hinein zu geben. Dieser kleine Haushaltstitel sei von Kürzungen bedroht, habe aber eine sehr große Wirksamkeit. Dies falle in die unmittelbare Zuständigkeit der Bundestagsabgeordneten, da er zum Haushaltsplan des Jugendministeriums gehöre. Das KJHG bleibe jedoch in der Tat begrenzt folgenlos, weil es kein Leistungsgesetz sei. Von der kommunalen Ebene vernehme er verstärkt Signale der Stadtkämmerer, die sagten, sie würden kulturelle Angebote gerne fördern, wenn sie denn das Geld hätten, sie müssten sich aber auf ihre

Pflichtaufgaben konzentrieren. Daher wünsche er sich, dass die Rahmengesetzgebung ausgefüllt werde durch eine Verbindlichkeit von Leistungsgesetzen, die „so etwas wie eine Grundversorgung“ definierten. – Die Aktivitäten des BMBF seien für die kulturelle Bildung deshalb so wichtig, weil dort stets sehr innovative Modellprojekte, etwa auch in der BLK zusammen mit den Ländern, gefördert würden, derzeit z.B. das sehr wichtige Programm „Kulturelle Bildung im Medienzeitalter“. Letzteres „marschiere an der Spitze“ der aktuellen Probleme und Herausforderungen der Zeit, z.B. durch die Thematisierung der Bildkompetenz im Bereich der elektronischen Medien. Die Bedeutung dieses Fachreferates im BMBF könne kaum überschätzt werden. – Das Besondere der kulturellen Bildung im Außerschulischen liege darin, dass sie keine Leistungsbewertungen vornehmen müsse. Kennzeichen der allgemein bildenden Schule sei es hingegen, dass sie regelmäßig die Leistungen bewerten müsse, was zu „struktureller Demütigung“ (Zitat aus der PISA-Studie) führe. Außerschulische Kulturarbeit könne sich dazu in Kontrast setzen, denn sie knüpfe an den Stärken der Schüler an, egal, aus welchem sozialen Milieu sie stammten. Sie könne Erfolgserlebnisse vermitteln. Diese Besonderheit sei ein Pfund, mit dem man wuchern müsse. Daher verfolge die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung derzeit das Projekt der „Schlüsselkompetenzen“, in dem eine Zertifizierung dessen entwickelt werden solle, was Jugendliche unabhängig von eventuellen schlechten Schulzeugnissen außerhalb der Schule leisteten, d.h. ein „Kompetenznachweis Kultur“. Weiterhin sei auf das Thema Ganztagschule hinzuweisen: Hier biete sich die Möglichkeit, sich außerhalb des regulären Dreiviertelstundentaktes über einen längeren Zeitraum mit Inhalten künstlerisch zu befassen. Zwar falle dies zunächst unter die Länderhoheit, aber der Bund habe sich mit seinem 4-Milliarden-Förderprogramm hier bereits „eingemischt“. Der große Vorteil der Ganztagschule bestehe darin, dass man mit der allgemein bildenden Schule alle Jugendlichen erreiche. Hier gelte es Konzepte zu entwickeln.

Peter Kamp, Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen, führt aus, er stimme Dr. Eicker darin zu, dass eine strukturelle Gefahr für die bestehenden kulturellen Angebote zu befürchten sei. Dennoch lasse die Angebotsdifferenzierung in den vorhandenen Strukturen nach wie vor zu wünschen übrig. Mit den Musikschulen sei es in der Nachkriegszeit „Gott sei Dank“ gelungen, wenn nicht ein flächendeckendes Angebot, so doch ein bundesweit verbreitetes Erfolgsmodell mit den genannten 1000 Einrichtungen zu etablieren. In den anderen Sparten sei dies nur sehr unzulänglich gelungen. Das Konzept der Jugendkunstschulen sei ein spartenübergreifendes, „alle Künste unter einem Dach“, allerdings sei davon in aller Regel

die Musik ausgenommen, es sei denn, eine bestimmte Region wäre mit Musikschulen unterversorgt. Die Idee des „alle Künste unter einem Dach“ sei die, für alle Kinder ein vielfältiges Anregungsangebot vorzuhalten ohne die Notwendigkeit, sich frühzeitig entscheiden zu müssen. Zu den strukturellen Defiziten gehöre, dass es kein System der Koordination von Angebotsentwicklung gebe. In einer Reihe von Bundesländern gebe es nach wie vor keine Jugendkunstschulen; dort würden ganze künstlerische Sparten für entbehrlich gehalten. Die Unterversorgung ganzer Landstriche sei nicht hinnehmbar, ebenso wie die Tatsache, dass je nach bildungspolitischer Präferenz von Kultusministerien ein Bereich dominant sei, ein anderer vernachlässigt werde. Hier sehe er eine große Aufgabe für die Enquete-Kommission zu versuchen, die vorhandene Gesetzgebung mit der Strukturentwicklung auf Länderebene zu verknüpfen. Ein ähnliches Problem trete in der Diskussion um die Ganztagschulen auf: Das 4-Milliarden-Programm der Bundesregierung sei sehr zu begrüßen, weil darin auch die kulturelle Bildung, u.a. mit speziellen Räumlichkeiten, explizit ihren Platz habe, jedoch sei eine gesellschaftliche Debatte darüber vonnöten, dass dieses wertbezogen gewollt und bildungspolitisch zielführend sei. – Die Breiten- wie die Begabtenförderung mittels Wettbewerben und Preisen sei gleichermaßen legitim. Der Jugendkulturpreis Nordrhein-Westfalen bspw. habe eine enorme Breitenwirkung in der Jugendhilfe, dagegen verfolge der Jugendkunstpreis in Baden-Württemberg das Ziel, junge Künstler zu fördern.

Dr. Jakob Johannes Koch, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, geht auf die Auswirkungen sinkender Kirchensteuereinnahmen auf das kirchliche Angebot in Kunst und Kultur ein. Zunächst sei zu betonen, dass die kulturellen Angebote und das kulturelle Engagement der Kirchen zu 60-70% von nicht praktizierenden Christen wahrgenommen würden. Dies werde in der Öffentlichkeit nicht angemessen wahrgenommen bzw. dargestellt. Zudem sei kirchliche Kunst nicht so einfach konsumierbar wie diejenige, die in den Medien unter „Kunst“ firmiere. Sie sei daher weniger vermarktbar und telegen. Das Besondere kirchlicher Kunst bestehe darin, zugleich das Menschliche, Materielle und das Transzendente, Unbegreifliche widerzuspiegeln. Das Finanzproblem der Kirchen werde sich in den nächsten Jahren erheblich verschärfen; seine Auswirkungen ließen sich am Denkmalschutz aufzeigen: 90 Mio. Menschen besuchten jährlich eine Kirche in Deutschland. Nur 10% der Mittel, die die Kirchen aufwendeten, seien bislang vom Staat finanziert worden; der Anteil werde überdies sinken. Das bislang Unvollstellbare, dass die Kirche ihre Häuser wegen Baufälligkeit schließen müsse, werde in 5-10 Jahren

Wirklichkeit werden. Dann werde man sehen, dass die Kirche eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen habe.

Prof. Dr. Klaus Ring, Stiftung Lesen, führt aus, er wolle zu Beginn seinen Respekt bekunden, dass die Enquete-Kommission das Thema kulturelle Bildung „deutlich sichtbar“ an den Anfang ihrer Arbeit gesetzt habe. Dies sei aus seiner Sicht ein großer Fortschritt. Zur Rolle der Familien bei der Vermittlung kultureller Bildung wichen die Beobachtungen der Stiftung Lesen von denen, die zur Musikvermittlung in den Familien vorgetragen worden seien, ab: Die frühzeitige Vermittlung von Sprach- und Leseentwicklung nehme in den Familien deutlich ab. Dies sei nicht nur durch die PISA-Studie in die Öffentlichkeit gebracht worden. Die PISA-Studie habe deutlich gezeigt, dass die schlechten Ergebnisse deutscher 15-jähriger Schüler vor allem auf eine unzureichende Vorbereitung auf den Schulbesuch zurückzuführen seien. Es seien besonders die Jahre vor dem Schulbesuch, die die Bildungsfähigkeit der Schüler beeinflussten. Nach einer Studie des Würzburger Psychologen Wolfgang Schneider würden 80% der Lese-, Sprach- und verwandter Kompetenzen außerhalb der Schule erworben. Daher sei die Einflussnahme sowohl außerschulischer Einrichtungen als auch der Familie auf die bildungsbezogene Entwicklung der Kinder äußerst wichtig. Er wolle daran erinnern, dass 25% der Kinder, die in die Kindergärten gebracht würden (im Alter von 3 ½ bis 4 Jahren), klinisch relevante Sprachentwicklungsstörungen aufwiesen. Nach neuesten Schuleingangsuntersuchungen liege der Wert der Sprachentwicklungsstörungen bei der Einschulung immer noch bei 20%. Dies sei umso alarmierender, als die moderne Hirnforschung nachgewiesen habe, dass die Sprachentwicklung im Alter von 8, 9 Jahren neurophysiologisch bereits abgeschlossen sei. Die Pädagogik könne danach nur noch auf dieser Basis ansetzen. Es liege an der fehlenden Zuwendung zu den Kindern in den Familien, dass sich die Bildungsfähigkeit nicht genügend entwickle. Dies liege an den schwieriger gewordenen sozialen Verhältnissen, dem Anstieg an Alleinerziehenden, aber auch an einer vorübergehenden (und sich jetzt korrigierenden) Fehleinschätzung der Neuen Medien. Die Entwicklung der Sprache von kleinen Kindern erfordere sehr viel persönliche Zuwendung; dies lasse sich nicht apparativ lösen, „schon gar nicht durch einen Bildschirm“. Dies gelte ebenso für das Heranführen an das Lesen und das Erfahren von Texten und Geschichten, eine im Zusammenhang mit dem späteren Schulbesuch „unbedingt nötige“ Konditionierung der Kinder. Für die Korrektur dieser Fehlentwicklungen sei kaum noch Zeit vorhanden. – Wenn man die Entwicklung kultureller Bildung als einen lebenslangen Prozess begreife, dann müssten v.a. in den Kindergärten Veränderungen in puncto

Wirkungsmöglichkeiten, Ausstattung und personelle Kompetenz erzielt werden. Aus seiner Sicht schränkten die knapper werdenden finanziellen Mittel der Kirchen die Bildungsarbeit an kleinen und heranwachsenden Kindern massiv ein. Dies bereite ihm neben den Bemühungen der Kommunen, ihre Haushalte zulasten der Kindergärten, Schulen und Bibliotheken zu sanieren, besondere Sorge. Neben den Kindergärten sei besonders in der Schule der Hebel anzusetzen.

Dr. Gerd Taube, Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, weist darauf hin, dass kulturelle Bildung nicht nur in den speziellen Institutionen wie Musik- oder Jugendkunstschulen stattfindet, sondern auch in Kunst- und Kultureinrichtungen, und zwar sowohl in solchen, die speziell Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche anbieten (Kinder- und Jugendtheater, Kinder- und Jugendfilm etc.), als auch in solchen, die nicht speziell auf Kinder ausgerichtet seien (Staats- und Landestheater, Opernhäuser etc.). Man solle auch auf diese Ressourcen der kulturellen (Jugend)Bildung zurückgreifen und sie auch stärker in die Pflicht nehmen. Prozentual gesehen bleibe die Zahl der Angebote von Theatern, Opernhäusern und Orchestern für Kinder und Jugendliche weit unter deren Bevölkerungsanteil. Zur ästhetischen Früherziehung wolle er anmerken, dass es hierbei nicht nur um die eigene kreative Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit Kunst und Kultur gehe, sondern auch um die Rezeption von künstlerischen Ausdrucksmitteln. – Zum Thema Familie rate er, die Institutionen und die Familie nicht in Opposition zueinander zu setzen. Wenn der Befund stimme, dass in den Familien künstlerische Betätigung und Kunstrezeption rückläufig sei, dann sei es umso notwendiger, dass Institutionen, sowohl solche der kulturellen Bildung als auch Kunst- und Kultureinrichtungen, sich um Angebote für die Familien bemühten. Träger der kulturellen Jugendbildung unterbreiteten solche Angebote bereits, z.B. mit den „Elternschulen“. – Unter den Instrumenten des Bundes zur Förderung kultureller Bildung sei eine Reihe von Wettbewerben zu nennen, z.B. „Schüler machen Theater“, das „Treffen junger Autoren“ oder das „Treffen der jungen Musikszene“. Diese Breitenwettbewerbe, die eine gewisse Öffentlichkeitswirksamkeit hätten, etwa durch Theateraufführungen beim Theatertreffen der Jugend, führten in erheblichem Maße dazu, dass entsprechende Angebote in den Schulen und auch außerschulischen Einrichtungen tatsächlich gemacht würden. Die hohen Beteiligungszahlen an diesen Wettbewerben seien eine Erfolgsgeschichte und sprächen für sich. Außerdem gebe es Wettbewerbe, die die Leistungen von Künstlern für Kinder und Jugendliche förderten, z.B. der Jugendliteraturpreis und der Deutsche Kindertheaterpreis. Da werde die Bedeutung deutlich, die der Staat den Künstlern beimesse, die für Kinder und

Jugendliche Kunst produzierten. Diese Instrumente seien sehr zielführend und sollten daher auf jeden Fall erhalten, wenn nicht ausgebaut werden.

Die **Vorsitzende** äußert die Einschätzung, dass die Experten durch ihre Antworten sowie durch die schriftlichen Stellungnahmen bereits das gesamte Themenspektrum der kulturellen Bildung angerissen hätten. Sie eröffnet die nächste Fragerunde.

Olaf Zimmermann (SV) nimmt Bezug auf die Langzeitstudie von Prof. Bastian an Berliner Grundschulen „Musikerziehung und ihre Wirkung“ (2000), die er plakativ unter dem Schlagwort „Musik macht klüger“ zusammenfassen wolle, und fragt den Autor, ob er glaube, dass eine vergleichbare Untersuchung zur bildenden Kunst oder dem darstellenden Spiel auch zu analogen Ergebnissen käme, dass also generell die Beschäftigung mit den Künsten klüger mache. An Prof. Ring und Dr. Eicker wolle er die Frage richten, ob die Angebote zur kulturellen Bildung von Musikschulen und Bibliotheken, aber auch in den Kindergärten alle gesellschaftlichen Schichten in gleicher Weise erreichten oder ob dies „schichtenspezifische Projekte“ seien. Falls Letzteres zutrefte, bitte er um Vorschläge zur Abhilfe. Herrn Kamp fragt er, welcher Stellenwert den Jugendkunstschulen von den Schulträgern im Rahmen der Einführung von Ganztagschulen beim Abschluss von Rahmenvereinbarungen mit außerschulischen Trägereinrichtungen beigemessen werde.

Dr. Christine Lucyga (SPD) fragt Prof. Ring nach der Vermittlung von Lesekompetenz in den Schulen, die bisher noch nicht ausreichend zur Sprache gekommen sei. Sie habe den Eindruck, dass deren Erfolg sehr wesentlich von der Person des vermittelnden Lehrers abhängen. Sie wolle daher wissen, wie aus seiner Sicht die Art und Weise der Darbietung von Texten und die Vermittlung von Lesegewohnheiten an den Schulen zu bewerten sei und welche Empfehlungen die Enquete-Kommission zu diesem Bereich machen könne. Zweitens sei der starke Trend zur Kenntnis zu nehmen, dass das Buch gegenüber den elektronischen Medien immer mehr ins Hintertreffen gerate. Sie frage daher nach den Erfahrungen, Lesegewohnheiten mittels elektronischer Medien auszuprägen.

Dr. Oliver Scheytt (SV) erinnert an die milliardenschwere Initiative „Schulen ans Netz“; diese zeige, dass erhebliche Ressourcen zu erschließen seien, wenn man es politisch richtig anpacke. Er stelle sich analog dazu eine Initiative „Schulen ans kulturelle Netz“ vor. Bislang gerate man dabei jedoch in ein Gestrüpp rechtlicher Regelungen und Kompetenzüberschneidungen, da Kultur und Bildung in die Länderhoheit fielen. Er frage daher die Experten, ob man es im Bildungswesen nicht mit einem Paradigmenwechsel zu tun habe. Es sei doch nicht weiter hinzunehmen, dass in einer Stadt sich gelegentlich

Schulen und außerschulische Anbieter kultureller Bildung sowie die Jugendhilfe gegenseitig Konkurrenz machten. Er frage daher, ob es nicht einer grundsätzlichen Regelung zur kulturellen Bildung und Grundversorgung mit klaren Zuständigkeitsbestimmungen bedürfe. Er wolle von Dr. Eicker wissen, ob diese nicht den Rahmenvereinbarungen zwischen einem Landesministerium für Kultur oder Schule und den Musikschulverbänden vorzuziehen sei. Prof. Ring frage er nach den Gründen, warum nur 20% der Schulen mit Schulbibliotheken ausgestattet seien. Dies liege nach seiner Auffassung auch an einem Kampf der Bibliotheksverbände um den eigenen Einfluss. Er frage, was getan werden könne, um diese „claims mal wegzunehmen“. An Prof. Fuchs, Dr. Eicker, Dr. Taube und Herrn Kamp richte er die Frage, welche Beispiele der Förderung kultureller Bildung aus dem Ausland nachahmenswert seien und jenseits der Föderalismusdebatte auch in Deutschland umzusetzen seien.

Bundestagsvizepräsidentin Abg. Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnet die Parole „Kunst macht klüger“ als gut; sie wolle sie noch ergänzen: „Kunst macht klüger, selbstbewusster und weniger kriminell“ – dies habe sie von Prof. Pfeiffer gelernt. Sie wolle Prof. Fuchs und Prof. Ring bitten, auf die Untersuchung zur Jugendkriminalität, die besage, dass alle diese straffällig gewordenen Jugendlichen kulturell ungebildet gewesen seien, einzugehen. Sie frage weiterhin, ob es richtig sei, dass die wesentlichen Anlagen der Bildungsfähigkeit bis zum Alter von acht Jahren gelegt seien, und ob man sagen könne, dass musische Bildung intelligenter als Mathematikunterricht mache. Sie wolle weiterhin wissen, welchen Stellenwert nach Einschätzung der Experten das Singen heutzutage habe und wie dies zusätzlich gefördert werden könne. Sie glaube, dass dies aufgrund nationalsozialistischer Singetraditionen in Teilen der Gesellschaft immer noch etwas verpönt sei, dabei sei sein Wert gerade bei jenen, die kein Musikinstrument beherrschten, offensichtlich. Prof. Bastian wolle sie bitten, zu dem Thema Stellung zu nehmen, dass Profimusiker, die an Musikhochschulen in übergroßer Zahl ausgebildet würden, schließlich in großer Zahl in der Pädagogik landeten. Dies werde bislang als Beleg des Scheiterns der musikalischen Karriere gesehen. Sie glaube mit anderen aber, dass dies ein Berufsbild der Zukunft sei, dass Orchestermusiker nur einen Teil ihres Lebensunterhalts in Ensembles verdienten und nebenher in der Laienmusik pädagogisch tätig seien. Dafür müssten sie in den Musikhochschulen entsprechend ausgebildet werden.

Prof. Dr. Hans Günther Bastian betont, dass kulturelle Bildung zuallererst in den allgemein bildenden Schulen, den Grundschulen stattfinde. Hierauf müsse das

Hauptaugenmerk gerichtet werden. Der Besuch von Musikschulen sei dagegen schon ein soziales Privileg. Er träume von einer „Kultur von allen“: Alle Kinder sollten ein Instrument lernen, dies müsse mit Kulturmanagement und Fantasie machbar sein. Damit würden sie ein Stück weit immun gegen die Verblödung der Medienindustrie. Auch die Epochalisierung von Kunst und Musik in der Sekundarstufe I, d.h. dass die Schüler zwischen beiden Fächern wählen müssten, dürften die Politiker nicht zulassen. Ein Fach, das in der Schule nicht vorkomme, könne in den Augen der Schüler nicht relevant sein. – Er warne davor, sich unkritisch den Slogan „Musik macht klug“ zu Eigen zu machen. Dieser sei von den Medien zugespitzt worden und so generalisierend nicht zutreffend. Er könne unter Verweis auf den Rechtsradikalismus genauso gut für den Satz „Musik macht dumm“ Argumente finden. – In der Schule hätten die weichen Fächer wie Kunst, Musik oder Sport die größten Legitimationsprobleme. Hierfür müssten bildungspolitische Argumente gebracht werden. Seine Studien würden missverstanden, wenn ihnen nachgesagt würde, Musik solle über ihre Transfereffekte gerechtfertigt werden. Musik sei zuallererst Ästhetik, Freude am Musizieren und Schönheit – der Mehrwert der Persönlichkeitsprägung, „den wir bildungspolitisch ausschlachten“, komme danach. – Zum Thema der „Digitalisierung der Schulen“ und der Lernmittel wolle er anmerken, dass diese auch zu einem Verlust des Denkens führe. Gebraucht würden homerische Themen als Seelennahrung, Sokrates als philosophischer Störenfried, divergentes und kreatives Denken, das gerade in den Spielräumen der Künste erreichbar sei. Kinder und Jugendliche müssten kreativ und sanktionsfrei, ohne alles Regulative, improvisierend denken können. Die Versinnlichung komme in den Schulen zu kurz. Der einseitigen Verkopfung der Kinder müsse die Klaviatur der Sinnlichkeit entgegengesetzt werden. Es sei an Thomas von Aquins Ausspruch zu erinnern: „Denken kommt durch die Schulung der Sinne in Gang.“ Mit Bezug auf die Frage nach der sozialpräventiven Wirkung des Musizierens sei eine eindeutige soziale Integration von Ausländerkindern an Grundschulen nachweisbar, es gebe so gut wie keine ausgegrenzten Schüler und der Vandalismus in den Schulen sei rückläufig. Musik sei daher eine „soziale Kunst“. – In der Generation der Kinder sei ein gestiegenes Interesse am Singen festzustellen. In der Erwachsenengeneration sei dies aufgrund von Traumata durch den Nationalsozialismus weit weniger verbreitet gewesen. Das gestiegene Interesse zeige sich nicht zuletzt in der vielfältigen Chorlandschaft, z.B. auch in den Kooperationsformen von Schule und Chormusik. – Er halte es schließlich für traurig, dass junge Menschen, die selbst die beste Musikpädagogik für sich beansprucht hätten, nicht bereit seien, ihrerseits mit Kindern zu arbeiten. Es müsse verhindert werden,

dass nur diejenigen Pädagogen würden, bei denen es für die „große Karriere“ nicht gereicht habe und die nun unfreiwillig in die Pädagogik gingen. Es müsse an den Hochschulen vermittelt werden, dass dies keine „minderwertige“ Betätigungsform für Musiker sei.

Dr. Gerd Eicker führt aus, die öffentlichen Musikschulen bezögen sich auf eine Musikschule in Berlin-Neukölln, die bis heute als Gründungsschule gelte und die als Volksmusikschule konzipiert gewesen sei. Dies sei der Anspruch bis in die Gegenwart. Die öffentlichen Musikschulen seien Angebotsschulen, und als solche beobachteten sie, dass zunehmend Schüler aus Bevölkerungsschichten zu ihnen kämen, die nicht zum traditionellen Bildungsbürgertum zu zählen seien. So schicke etwa der Industriefacharbeiter seine Kinder auf die Musikschule. Das Problem sei ein finanzielles: Bislang seien die Musikschulen verpflichtet, durch Sozialermäßigungen allen den Zugang zu ermöglichen. Den Musikschulen bleibe jedoch verborgen, welche finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen den Antrag auf Ermäßigung gar nicht erst stellten. Auch dürfe bei einem Antrag der Beruf nicht erfragt werden. Nach seinem Eindruck, der sich u.a. auf Elternabende stütze, sprächen die Musikschulen Menschen quer durch die Bevölkerung an, in vielen Musikschulen gebe es auch eine „vehemente Ansprache“ von Ausländerkindern. Von Berlin sei ein großes Projekt mit dem Titel „Musik verstehen, Verstehen durch Musik – Interkulturelles Lernen“ ausgegangen. Jedoch seien die Bereitschaft und die Möglichkeiten, Geld für die Musikschule auszugeben, heute weniger gegeben. Selbst ein Hauptschullehrer könne seinen drei Kindern den Musikschulunterricht nicht unbedingt mehr bezahlen, da heutzutage das „Diktat des Kostendeckungsgrades“ herrsche. Es werde gerade in jüngster Zeit sehr heftig an der Gebührenschaube gedreht, da die Musikschule nicht verpflichtet sei, ein bestimmtes Angebot für die Kinder einer Kommune vorzuhalten. Ein leuchtendes Beispiel biete Finnland, wo bei 5 Mio. Einwohnern 30.000 Kinder im Vorschulalter an der musikalisch-ästhetischen Früherziehung mithilfe der Musikschulen partizipierten. Deutschland brauche für einen „Schritt ans kulturelle Netz“ eine Regelung, die den Kindern unabhängig von ihrem Wohnort und dem dort regierenden Stadt- oder Kommunalparlament eine Teilhabe an der kulturellen Bildung ermögliche, wie dies bislang der Fall sei. Hier sei auf Norwegen zu verweisen: Dort sei jede Kommune verpflichtet, eine „Kulturschule“, d.h. eine Musik- und Kunstschule, entweder selbst vorzuhalten oder sich an einer zu beteiligen. Entscheidend sei, dass diese Kulturschule in Norwegen mit der allgemein bildenden Schule vernetzt sei. – Zum Thema Singen schließe er sich dem von Prof. Bastian Gesagten an. In Baden-

Württemberg gebe es ein „Bündnis für das Singen“. Hier sei man auf einem guten Weg, das einzige Problem bestehe im Moment darin, dass die jungen Lehrer selbst in der Schule nicht mehr singen gelernt hätten.

Prof. Dr. Max Fuchs warnt davor, den Künsten zu viele segensreiche Wirkungen zuzusprechen. Die Barbarei des Nationalsozialismus habe sich trotz einer hochentwickelten Musikkultur und eines ähnlich dichten Theaternetzes wie heute ereignet. An einer Stelle könne man die Argumentation für die Vorzüge der Beschäftigung mit den Künsten allerdings noch erweitern: Diese machten nicht nur klüger, sondern auch kompetenter. Deshalb werde jetzt vermehrt mit dem Begriff der Lebenskompetenz operiert. Die BKJ habe dafür in den letzten drei Jahren ein Verfahren entwickelt, mit dem man zeige könne, wie Kinder und Jugendliche im Umgang mit den unterschiedlichsten Künsten – rezeptiv und produktiv – Lebenskompetenz gewinnen könnten. Dabei handle es sich um den „Kompetenznachweis Kultur“. Dadurch könnten Pädagogen diesen Zuwachs an Kompetenzen feststellen. In Bezug auf die Lese- und Sprachkompetenz sei darauf hinzuweisen, dass in manchen Klassen bereits 80-90% der Schüler einen Migrationshintergrund hätten; hier könne die Familie gar nicht in allen Fällen helfen, weil die Deutschkenntnisse insbesondere in türkischen Familien derzeit wieder leicht rückläufig seien. Hier müssten andere Erziehungsorte in die Lage versetzt werden, diese Sprachkompetenz zusätzlich zu vermitteln. – Kritik an den Medien müsse hochgehalten werden, jedoch dürfe man auch nicht den Fehler begehen, die neuen elektronischen Medien nur für die „übelste Verdammnis“ zu halten. „Kulturelle Medienbildung“ meine einen künstlerisch qualifizierten Umgang mit Medien. Die Medien seien Teil unseres täglichen Lebens, es komme darauf an, ihre Herausforderungen anzunehmen und aktive Umgangsformen mit ihnen zu entwickeln. – Er gebe zu bedenken, ob man es den Kultureinrichtungen eventuell nicht mehr freiwillig überlassen sollte zu entscheiden, welche Angebote für Kinder und Jugendliche diese machten, sondern Fördermodelle zu entwickeln, in denen solche Angebote verpflichtend vorgeschrieben seien. In Bezug auf die Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit Schulen sei er über den Erkenntnisstand von Bildungspolitikern mittlerweile „verzweifelt“, obwohl sehr viele von ihnen sich in Schweden und Finnland über das dortige Bildungssystem informiert hätten.

Peter Kamp bezeichnet die Dimension der Reaktion der Bildungspolitik auf die PISA-Ergebnisse als enorm; diese Initiative sei in ihrer Größenordnung allenfalls mit der Bildungsreform von vor 30-35 Jahren vergleichbar. Die schwerpunktmäßige Einführung von Ganztagschulen sei von grundsätzlicher Bedeutung. Daher sei es so wichtig, dass die

Mischungen, die die neue Ganztagschule anstrebe, inhaltlich akzentuiert seien: Bildung und Betreuung könne bedeuten: „Bildung plus Betreuung“ (ein additives Modell), es könne aber auch heißen: Betreuungsangebote mit genuinen Bildungsinhalten. Dies sei deshalb besonders wichtig, weil die PISA-Studie dem deutschen Bildungssystem „strukturelle Demütigung“ unterstellt habe, was ein ungeheurerlicher Vorwurf sei. Er könne gut nachvollziehen, dass Eltern die Sorge hätten, ihre Kinder könnten in einem schlecht aufgestellten Bildungssystem zu den Verlierern gehören. Kulturelle Bildung könne hier mit den Bildungsprozessen, -inhalten, -verläufen und den Ergebnissen gegensteuern helfen. Dies gelinge aber nur, wenn man eine strategische Allianz für den doppelten Wert kultureller Bildung, den Eigenwert und den Verwertungswert, offensiv verfolge, gerade angesichts klammer Haushalte. Die Jugendkunstschulen hätten eine Menge an Aktivitäten und Konzepten der Kooperation mit Ganztagschulen anzubieten, von Einzelprojekten bis zum ganzwöchigen Angebot, in dem der gesamte Nachmittag von kulturpädagogischen Diensten organisiert werde. Jedoch seien die länderspezifischen Unterschiede in der Ausgestaltung der Ganztagschule enorm groß. Die Spanne reiche von grundsätzlicher Aufhebung der 45-Minuten-Tafel mit Verankerung neuer Bildungsformen und -inhalte bis hin zum additiven Modell, in dem am Nachmittag eine verlässliche Aufsicht organisiert werde, jedoch nicht mehr. Der Preis für die Qualität der Nachmittagsangebote sei daher, je nachdem wer sich „auf diesem Markt tummle“, sehr unterschiedlich. Ein Pädagoge aus dem kulturpädagogischen Dienst könne nicht für eine Stunde Nachmittagsunterricht mit 10 oder 15€ abgespeist werden. Dies sei strukturell problematisch, denn Mitarbeiter von Jugendkunstschulen hätten keine Absicherung. Hier sei die Politik gefragt. Diese müsse der kulturellen Bildung, der neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen vierten Dimension, die gleiche Bedeutung für genuine Bildungsprozesse zuerkennen. Es sei unerlässlich, dass Kinder und Jugendliche in der Schule die Möglichkeit bekämen, eine grundlegende ermutigende Selbsterfahrung zu machen („ich kann was“).

Dr. Jakob Johannes Koch bestätigt das gewandelte Image des Singens. Kinder und Jugendliche lehnten heutzutage eine Funktionalisierung des Singens ab, die in Vereinssatzungen oder einem starken Leistungsdenken („Leistungssingen vor einer Jury“) zum Ausdruck komme. In den Kirchenchören sangen 25.000 Kinder und Jugendliche, es gebe keine Nachwuchsprobleme. Singen werde als „Kanal“ für das Erleben von Freundschaft, Solidarität und Teamfähigkeit, wozu auch gemeinsame Freizeiten oder Sporttreiben der Chöre gehören könne, empfunden.

Prof. Dr. Klaus Ring legt dar, dass die Entwicklung der Lesekompetenz eindeutig von der Schichtenzugehörigkeit abhängt. Die Entwicklung der Lesekompetenz beginne sehr früh, ausgelöst durch das Vorbild der Eltern. Nachhaltige Leser, sowohl Buch- als auch Zeitungsläser, würden nur diejenigen, die das Leseerlebnis sehr früh in den Familien schon erfahren hätten. Die PISA-Studie habe die Risikogruppen klar benannt: Kinder aus bildungsfernen Schichten, aus sozial schwachen Schichten und die große Gruppe der Immigrantenkinder. Es sei bedauerlich, dass alle Programme, die auf die PISA-Studie und ihre „Derivate“ reagiert hätten, nicht gezielt genug auf diese Risikogruppen zugeschnitten seien. Hier bestehe großer Änderungsbedarf. Eine weitere, besondere Risikogruppe seien die Jungen; bei 52% von ihnen sei Lesen verpönt. Die Gründe seien nicht genau bekannt, offenbar fehlten die Vorbilder. Ein Grund könne sein, dass in den Kindergärten beinahe ausschließlich weibliche Erzieher tätig seien. Für Immigranten gute und geeignete Projekte der Leseförderung zu entwickeln sei besonders schwierig, da über das Sprech- und Leseverhalten in Immigrantenkreisen zu wenig bekannt sei. Hier bestehe ein erheblicher Forschungsbedarf. Er führt aus, dass es zum Thema Sprechen mit einem Missverständnis aufzuräumen gelte: „Sprechen“ meine nicht die Beherrschung der deutschen Sprache, sondern die Entwicklung der Sprache als Ausdrucksmittel durch die Kinder, in welcher Sprache auch immer. Untersuchungen zeigten, dass das Sprachvermögen bei ausländischen Kindern eher noch besser ausgeprägt sei als bei Kindern aus deutschen Familien. – Er geht auf die Frage ein, in welcher Weise die Schuldidaktik dafür verantwortlich sei, dass es der Schule offensichtlich nicht gelinge, ein vorhandenes Interesse der Kinder am Lesen, wenn sie aus dem Kindergarten kämen, am Leben zu erhalten. Viele Kindergärten schafften es auszugleichen, was in den Elternhäusern nicht habe stattfinden können. Nachdem die Kinder in den ersten beiden Schuljahren das Lesenlernen begonnen hätten, gehe die Lesefreude, die Neugier auf das Selberlesen im Verlauf der dritten Klasse verloren. Dies habe eine groß angelegte Feldstudie der Erfurter Pädagogikprofessorin Karin Richter jüngst gezeigt. Dadurch werde die Interpretation der IGLU-Studie korrigiert, die die Ursachen für die schlechten PISA-Ergebnisse in dem zu frühen Wechsel von einer Schulform in die andere ausmache. Das Interesse der Kinder am Selberlesen breche jedoch vorher weg. Wenn Kinder mit interessanten Geschichten und damit mit Welterfahrung in Berührung kämen, wollten sie sich darüber austauschen; Reden über das Gelesene sei ein wesentlicher Bestandteil der Verarbeitung des Lesens und der Entwicklung von Lesekompetenz. Dieser Austausch werde von Gleichaltrigen sowie von 50% der Eltern ermöglicht (60% der Kinder wollten mit ihren Eltern über das Gelesene

reden). Weniger als 30% der Kinder wollten sich mit ihren Lehrern über ihre Lektüre austauschen, aber nur 13-14% von diesen sei dazu bereit. Hier zeige sich offenbar eine negative Erwartungshaltung der Kinder, die dann auch prompt bestätigt werde. Auch die PISA-Studie habe gezeigt, dass viel zu wenige Lehrer wüssten, ob ihre Schüler läsen und was sie läsen. Hinzu käme das Problem der inhaltlichen Literaturvermittlung: Es sei die durchgängige Erfahrung der Stiftung Lesen bei all ihren Projekten, dass bei der Auswahl der Lektüre stets die Wünsche der Kinder vernachlässigt würden, stattdessen allein die Lehrpläne befolgt würden. Man müsse sich viel mehr die genuine Freude der Kinder zunutze machen. – Angesichts des Rückzugs des „guten Buchs“ könnten die Neuen Medien in die Bresche springen – dies sei schon richtig. Es gebe nach seiner Kenntnis zu wenig Erfahrung und zu wenige Programme, die das Interesse an den Neuen Medien für das Lesen auf Papier nutzten. Man solle sich jedoch auch keinen Illusionen hingeben: Am Anfang der Entwicklung steht die Ausprägung der Sprache, dann lernten die Kinder das Lesen und erst dann seien sie konditioniert, mit den Neuen Medien umzugehen. Hier gelte der Slogan: „Wer surfen will, muss erst einmal gut schwimmen können.“ – Höchstens 20% der deutschen Schulen besäßen eine Schulbibliothek, wohingegen Österreich und die skandinavischen Länder alle ihre Schulen mit Bibliotheken ausgestattet hätten, in Skandinavien seien diese als Medienzentren mit Büchern und Neuen Medien, physisch erreichbar, ausgebaut. Wichtig sei, dass diese auch außerhalb der Unterrichtszeiten zugänglich seien. In Deutschland fehlten Räume, Betreuung und Geld sowie adäquate Nutzungsprogramme. Hier ändere sich allmählich etwas „für die Nachmittage“. – Zum Singen wolle er anmerken, dass dies auch Umgang mit Sprache sei, der den Kindern Freude mache. Zudem fördere das Singen musikalisch fundierte Bewegung.

Dr. Gerd Taube betont, dass die kulturelle Bildung zwei Seiten habe, nämlich die rezeptive und die produktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Dies sei ein sich bedingendes Wechselverhältnis. Er halte es für wichtig, die sozial gleichberechtigte Teilhabe an den Angeboten kultureller Bildung zu gewährleisten. In den Kinder- und Jugendtheatern sei dies der Fall, da dort alle Schüler einer Klasse an einer Aufführung teilnahmen. Das niederländische Modell, nach dem Dr. Scheytt gefragt habe, zeichne sich durch einen entscheidenden Perspektivwechsel aus: Dort hätten die Schüler selbst die Möglichkeit zu entscheiden, welche kulturellen Aktivitäten sie unternehmen wollten. Die gewonnenen rezeptiven Erfahrungen mit Kunst und Kultur könnten dann in der Schule wieder in die eigene kreative Auseinandersetzung mit künstlerischen Ausdrucksformen überführt werden. Das niederländische Modell des Kulturgutscheins für Kinder habe noch

eine zweite positive Wirkung, es habe nämlich bei den Kultureinrichtungen die Motivation gestärkt, sich intensiver mit qualifizierten Angeboten für Kinder und Jugendliche auseinanderzusetzen. Denn mithilfe des Gutscheins und seiner freien Wahlmöglichkeit könnten die Kinder gewissermaßen „mit den Füßen abstimmen“. Es existierten in Deutschland einige Modelle, mit denen man an das niederländische Vorbild anknüpfen könne, etwa der Jugendkulturservice in Berlin. Dies sei im Moment nur eine Besucherförderung, es könnte aber qualifiziert ausgebaut werden, indem die Aspekte der Reflexion der gemachten Erfahrungen eingebunden würden. Es wäre lohnend, die in Deutschland bestehenden Modelle einer Zusammenarbeit von schulischen mit außerschulischen kulturellen Einrichtungen zusammenzutragen und damit Anknüpfungspunkte für die qualitative Entwicklung solcher Angebote zu schaffen.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) führt aus, er wolle auf ein Dilemma eingehen, das die Kulturpolitik derzeit umtreibe und das die kulturelle Bildung ganz speziell betreffe: die kulturelle Grundversorgung und das „Dilemma“ der Breiten- und Begabtenförderung. Nach seiner Beobachtung sei die kulturelle Grundversorgung mittlerweile zu einer Art Zauberformel geworden. Er könne das Misstrauen der Akteure vor Ort gegenüber der Politik gut verstehen und ebenso ihr Bemühen, möglichst viele kulturelle Aufgaben in den Kanon des Pflichtkatalogs aufzunehmen. Ihm stelle sich die bange Frage, was mit den kulturellen Feldern passiere, die dann nicht als kulturelle Grundversorgung definiert würden. Er befürchte, dass diese dann noch weniger Förderung erhielten als bisher. Hier sehe er v.a. die Avantgarde und die Spitzenförderung gefährdet. Prof. Bastian habe in seinem schriftlichen Statement Deutschland in Sachen Hochbegabtenförderung als „Entwicklungsland“ bezeichnet. Er wolle Prof. Bastian daher fragen, ob er nicht auch die Gefahr sehe, dass die Forderung nach einer kulturellen Grundversorgung zu dem Dilemma führe, dass die Hochbegabtenförderung und die Avantgarde gänzlich „hinten runterfalle“ und nur noch der kulturelle common sense überlebe. Er wüsste gern, wie dieses Dilemma aufgelöst werden könne.

Abg. Kristina Köhler (CDU/CSU) fragt Prof. Bastian und Dr. Koch nach der Bedeutung der sozialen Schichtzugehörigkeit für den gekonnten Umgang mit kultureller Bildung. Es gebe die These, dass man die Art und Weise des Erwerbs kultureller Bildung, in selbstverständlicher Weise von klein auf in der Familie oder mühsam in späteren Jahren als Autodidakt, später nicht mehr abschütteln könne. Danach sei dies ein wesentlicher Mechanismus der Reproduktion von sozialer Schicht. Sie interessiere, ob die

Angesprochenen diese These teilten bzw. ob dieser Mechanismus mit zunehmendem Alter zu- oder abnehme, und ob die Ganztagschule die einzige adäquate Antwort hierauf sei.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD) spricht die praktische Umsetzung vor Ort in der Ganztagschule an. Er höre von der Abneigung in schon bestehenden Ganztagschulen, Kunstpädagogen von außen in die Schulen zu holen. Es gäbe offensichtlich eine gewisse Zurückhaltung in den Schulen gegenüber einer Kooperation mit außerschulischen Lehrkräften. In einem solchen Fall nützten die besten Ganztagschulmodelle nichts, dann erreichten die außerhalb der Schule tätigen Kunstpädagogen eine gewichtige Zielgruppe gerade nicht. Er wolle wissen, wie eine Vernetzung innerhalb der Ganztagschule konkret aussehen könne. Die ihm bekannten Projekte liefen in der Regel außerhalb der Schule. Zweitens habe er den Eindruck, dass die Kirchen weder ein strukturelles noch ein Nachwuchsproblem hätten, sondern nur ein finanzielles Problem. Die Kirchen entwickelten sich nach seiner Einschätzung immer stärker – als zweites Standbein – zu Konzertveranstaltern, was er positiv finde. Er wolle daher Dr. Koch fragen, ob man die Konzerterlöse nicht auch für die kirchliche Kulturarbeit verwenden könne. Zudem wolle er wissen, wie dessen Aussage gemeint gewesen sei, kirchliche Kunst sei nicht konsumierbar.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (SV) richtet eine Frage zur kulturellen Erwachsenenbildung an Herrn Dr. Eicker: Es gebe die Vermutung, dass in Dänemark besseres Design sehr verbreitet sei, weil es dort ein sehr spezifisches Erwachsenenbildungssystem gebe, in dem junge Menschen nach ihrer Berufsausbildung eine ganz eigene Phase nach Art einer Volkshochschule bzw. eines Internatsbetriebs absolvierten. Er wolle wissen, wie bei uns eine Erwachsenenbildung im doppelten Sinne aussehe, zum einen im musikalisch-kulturellen Kompetenzerwerb, zum anderen als kognitives Lernen. Dr. Eicker habe in diesem Zusammenhang von neuen Potenzialen und Schülerkreisen geschrieben. Ihn interessiere, von welchen Anteilen hier gesprochen werde und wie diese wüchsen, wo dort auszubauende Potenziale lägen, und schließlich, wo Dr. Eicker in der musischen, ästhetischen und kulturellen Erwachsenenbildung Handlungs- und Regelungsbedarf sehe.

Prof. Dr. Hans Günther Bastian antwortet, dass kulturelle Grundversorgung für ihn v.a. bedeute, dass in den Kindergärten wieder mehr gesungen und musiziert werden müsse. Kindergärten seien heute keine Bewahranstalten mehr, Kinder seien lernwillig. Im Kindergarten befänden sich Kinder in der bildsamsten Phase, in der sie kulturelle Bedürfnisse hätten. Alle Kinder und Jugendliche seien sinnlich. Es sei ein großes Defizit, dass Musik in der Ausbildung unserer Erzieherinnen so gut wie nicht vorkomme. Studien

aus der Hirnforschung zeigten, dass das Corpus Callosum, das Nervenband, das beide Hirnhälften verbinde, bei Musikern stärker ausgeprägt sei und am stärksten bei denjenigen, die vor dem siebten Lebensjahr mit dem Musizieren begonnen hätten. In den Kindergärten sei der Nachholbedarf daher riesig. In den Schulen seien besonders charismatische Lehrer vonnöten, die die Kinder begeistern könnten, die nicht nur vermittelten. Hentig habe einmal gesagt, das wichtigste Curriculum des Lehrers sei seine eigene Person. – Er fährt fort, dass sich die Spitzenförderung aus der Breitenförderung speise. Die Musikschulen leisteten eine Breitenförderung, aber eine sehr privilegierte, denn nicht alle Kinder besuchten eine Musikschule. Er habe Deutschland deshalb als Entwicklungsland in der Hochbegabtenförderung bezeichnet, weil die Musikhochschulen in der Jungstudierendenförderung im Vergleich mit Japan oder den USA noch zu sehr versagten. Dort würden Hunderte von Kindern am Wochenende von den Professoren unterrichtet. – Frau Köhler wolle er zustimmen, er sei auch der Meinung, dass zu viele Jugendliche qua Geburt in einem sozialen Ghetto ästhetischen Denkens verblieben. Wenn die Schule daran nichts ändere, dann zeige dies auch ihre Defizite im Unterricht in den musisch-kulturellen Fächern. Der Musikunterricht dürfe nicht den Schwerpunkt auf die Theorie legen („Stichwort Quintenzirkel“) und Komponisten als „geniale Fantasten in dunklen Dachkammern“ darstellen. Komponisten müssten zu Menschen im Alltag gemacht werden, dies begeistere die Schüler. Die musikbetonten Grundschulen in Berlin, an denen er habe forschen dürfen, lägen in den sog. Arbeiterbezirken. Diese Grundschulen seien zu einem Ort der Muse und der Musik geworden, wo die Kinder übten und im Ensemble spielten. Deren Eltern hätten überhaupt kein ästhetisches Bewusstsein, noch nie ein Instrument gespielt. Dort gebe daher die Schule den kulturellen Impuls und das Kulturbewusstsein in die Familien hinein, wenn deren Kinder in der Kultur Erfolge hätten. – Die Ganztagschulen seien seiner Auffassung nach eine große Chance für die Musikschulen, v.a. weil sie dort, anders als bisher, alle Kinder erreichen könnten. Er sehe nicht die Gefahr, dass die Ganztagschüler den Musikschulen fehlten, sondern die Musikschulen müssten in die Ganztagschulen hinein. Für eine solche Kooperation existierten innovative Modelle, etwa in Rheinland-Pfalz.

Dr. Gerd Eicker geht auf den Stellenwert der Erwachsenenbildung in den Musikschulen ein. Vor 14 Jahren sei das Wort der „offenen Musikschule“ geprägt worden, viele Jugendmusikschulen hätten sich in Musikschulen umbenannt, um zu signalisieren: „Die Musikschule ist nicht nur offen für die Jugend.“ Eine Folge daraus war die Erkenntnis, dass die Musikschullehrer für die Unterrichtung erwachsener Schüler nachqualifiziert

werden müssten. Dies sei geschehen. Der Anteil der über 26-jährigen Schüler liege bei 6,5%. Die Musikschulen erreichten sehr viele Nachfragen von erwachsenen Interessenten, aber diese müssten zurückstehen, solange nicht alle Kinder und Jugendliche versorgt werden könnten. Derzeit stünden an die 100.000 Kinder auf den Wartelisten der öffentlichen Musikschulen. Musikschulen könnten, wenn man sie denn lasse.

Peter Kamp äußert die Auffassung, dass die bildungspolitische Vision, die bestimmten Formen der Ganztagschule zugrunde liege, eine sehr große Zukunft habe, wenn die Partner sich darauf einließen. Es gebe auf beiden Seiten verständliche Ängste, sei es berufsständischer, sei es einrichtungsspezifischer Art. Die geringsten Probleme sehe er in der inhaltlichen Angebotsentwicklung, da dort sehr vielfältige Konzepte vorlägen. Anders sei es mit der Frage der organisatorischen Vernetzung: Es hänge vom angestrebten Ziel ab. Es sei ein Unterschied, ob man wie in NRW die offene Ganztagsgrundschule mit 10.000 neuen Betreuungsplätzen einführen wolle oder ob man ein Abitur in acht Schuljahren erreichen wolle. Er rechne damit, dass mittelfristig, auch im Zuge selbständiger Schulgründungen, eine Pluralisierung von schulischen Angebots- und Organisationsformen eintreten werde, von der er sich erhoffe, dass dort auch eine stärkere Professionenvielfalt wurzeln könne. Als Beispiel für eine Professionenmischung, die positive Wirkungen zeitige, könne er eine Grundschule in Münster anführen, wo im Rahmen des Vormittagsunterrichts Kooperation mit einer Jugendkunstschule gesucht worden sei. Von dieser Professionenmischung erhoffe er sich sehr viel, so dass Schule dann auch in ausgelagerten Strukturen gewinnbringend stattfinden könne, was allerdings seine Zeit dauern werde.

Dr. Jakob Johannes Koch hebt ebenfalls die Bedeutung der Sozialisierung kultureller Milieus hervor. Wenn man nicht schon als Kind in einem solchen „kulturellen Milieu“ aufgewachsen sei, dann sei später die Hemmschwelle für die Beschäftigung mit Kunst und Kultur zu hoch. Deshalb würden mehr „niederschwellige“ kulturelle Angebote in den Kindergärten und Grundschulen benötigt, die die Kinder unabhängig von ihrer Herkunft wahrnehmen könnten. Beispiele seien ein Besuch des städtischen Orchesters in der Grundschule, ein Modell, das an den 1150 Schulen in katholischer Trägerschaft praktiziert werde, oder gemeinsame Eltern- und Schülerkonzerte fernab des „steifen bürgerlichen Kulturhabitus“. – Das Pfund kultureller Bildung bzw. kulturellen Engagements, mit dem die Kirchen wuchern könnten, seien ihre Ehrenamtlichen und Amateure. 800.000 Chorsänger betrieben in den beiden Kirchen 120.000 Kirchenkonzerte jährlich. Aufgrund dieser ehrenamtlich erbrachten Leistungen könnten diese zu sehr günstigen Konditionen

erbracht werden. Deshalb, und weil man im Kirchenchor oft den Nachbarn oder Bekannten hören könne, seien dies niederschwellige Kulturangebote. Gerade im ländlichen Raum seien diese Kirchenkonzerte unverzichtbar. Man müsse sich auch von dem Vorurteil freimachen, Amateurkunst sei Dilettantismus. Die Kirchen sprächen von „Kulturdiakonie“, wenn einem Angebotsmangel in einer kulturell strukturschwachen Region durch ehrenamtliches Engagement abgeholfen werde. Der Vorschlag, durch die Konzerteinnahmen den übrigen Kulturbetrieb der Kirchen zu sanieren, sei leider nicht praktikabel. Die Konzerte seien für die Kirchen selbst ein Zuschussgeschäft aufgrund von Abgaben an die GEMA, die GVL, die Künstlersozialversicherung und andere mehr. Zudem sei es bei allen kirchlichen Kulturveranstaltungen obligatorisch, dass es Kartenkontingente für sozial Bedürftige gebe. Gewinne ließen sich so nicht erzielen. – Der etwas zugespitzte Ausspruch „Kirchliche Kultur lässt sich nicht konsumieren“ sei in dem Sinne gemeint gewesen, dass diese keine Eventkultur sei, die oberflächlich, massenpsychologisch konsumiert werden könne, aber natürlich solle sie auch „gut tun“ und Gemeinschaft stiften. – Zu der kulturellen Erwachsenenbildung wolle er anmerken, dass 20% der Angebote der kirchlichen Erwachsenenbildung zur kulturellen Bildung zählten, während es nur 16% in der säkularen Erwachsenenbildung seien. Dies sei sicherlich sehr wenig.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD) befragt Prof. Fuchs zu seiner Aussage, dass kulturelle Bildung in verschiedenen Ressorts, Jugend, Kultur, Bildung, stattfinde. Dies finde sich bekanntermaßen auf allen Ebenen, Bund, Länder, Kommunen, wieder. Sie wolle ihn fragen, ob dies ein Vorteil oder ein Nachteil sei. Sie habe aufgrund von Beispielen aus ihrem Wahlkreis den Eindruck, dass es bei geförderten Projekten gelegentlich an der Koordinierung dieser verschiedenen Ebenen und Ressorts hapere. Sie wolle wissen, ob er es nach wie vor für sinnvoll halte, dass es unterschiedliche Programme aus verschiedenen Aufgabenbereichen gebe, und welche Folgen er für die von der Politik gewünschte Rahmengesetzgebung sehe.

Staatsminister a.D. Dr. Johannes Zehetmair (SV) wendet sich an Prof. Bastian und äußert die Auffassung, dass Musiklehrer in der Mehrzahl den Fehler machten, sich nur für ihr Fach verantwortlich zu wähnen. In der Grundschule und schon im Kindergarten müsse musische Erziehung ein Leitmotiv sein, das die Musiklehrer offensiv zu vertreten hätten. Von Prof. Ring wolle er wissen, ob er mit der Stiftung Lesen sich eindeutig für Schulbibliotheken ausspreche. Er selbst habe die Erfahrung gemacht, dass in den Fünfzigerjahren Schulbibliotheken, später aber Gemeindebibliotheken, sei es in

kirchlicher, sei es in kommunaler Trägerschaft, die die Schulklassen wöchentlich mit den Lehrern besuchten, favorisiert worden seien. Schulbibliotheken hätten seiner Auffassung nach den Nachteil des „Aus der Schule, aus dem Sinn“, da die Kinder, je mehr sie heranwüchsen, in der Schule nicht länger als unbedingt nötig sein wollten. Dr. Eicker fragt er, ob nicht die Schieflage unterschiedlicher finanzieller Unterstützung durch den Staat für musische Angebote im Rahmen der Ganztagschule und für die Angebote kultureller Bildung von außerschulischen Einrichtungen behoben werden müsse. Dies halte er für eine politische Frage. Schließlich wolle er die häufig geübte Praxis in Frage stellen, dass ehrenamtliche Chöre durch professionelle Solisten ergänzt würden, was sehr teuer sei und künstlerisch dennoch oft unbefriedigend.

Helga Boldt (SV) nennt als Stichwort der Bildungsdiskussion die „Anschlussfähigkeit“, d.h. die in staatlicher Verantwortung vermittelte Bildung orientiere sich an Bildungserfahrungen, die zu lebensbegleitender Tätigkeit motivierten. Sie wolle die Experten fragen, welche Intensität kulturelle Tätigkeit besitzen müsse, welche Qualität die entsprechenden Förderstrukturen dafür aufweisen müssten und was dazu auf Bundesebene beigetragen werden könne.

Prof. Dr. Hans Günther Bastian antwortet Dr. Zehetmair, dass die Musiklehrer qualifiziert, charismatisch und kompetent sein müssten. Benötigt würden der Künstler in der Pädagogik, aber auch der Pädagoge in der Kunst. Musik dürfe vom Lehrer nicht „gelehrt“, sie müsse zum Erlebnis gemacht werden.

Dr. Bernhard von Loeffelholz (SV) fragt Dr. Taube, ob er es für denkbar halte, dass man in die Verträge von Intendanten, Museumsleitern, Musikern und Schauspielern hineinschreibe, dass ein Teil ihrer Tätigkeit im Bildungsbereich, auch außerhalb ihrer Institution, liegen müsse. Er sehe hier gerade angesichts großer Sparzwänge Einsatzmöglichkeiten im schulischen und vorschulischen Bereich; so könnten Kräfte gebündelt werden. Prof. Fuchs wolle er um seine Meinung zum Bildungsauftrag der Medien bitten, den diese immer weniger wahrnahmen. V.a. das Fernsehen sei heutzutage sehr bewusstseinsprägend. Programme, die Werte vermittelten, seien durch zerstreute Formate ersetzt worden, wofür es keine Rechtfertigung gebe. Er wolle wissen, was dieser davon halte, den öffentlich-rechtlichen Medien statt der Einschaltquote eine Bildungsquote als Richtschnur für ihre Programmgestaltung vorzuschreiben. Hier seien auch Wettbewerbe denkbar, die die Qualität auszeichneten und nicht nur die Quote „zählten“. Drittens habe er mit Interesse gelesen, dass in Frankreich das Erziehungsministerium die Aufgaben des Kulturministeriums vorgebe. Dies scheine ihm eine interessante

Weichenstellung zur Investition in Bildung zu sein. Dazu wolle er Dr. Eicker nach seiner Meinung befragen.

Dr. Gerd Eicker weist darauf hin, dass die neuen Bundesländer 15-23% der Kosten des Ganztagschulangebots trügen. Aus einer Erhebung sei bekannt, dass es in Deutschland fast ausschließlich offene Ganztagschulen geben werde; die müssten von der allgemein bildenden Schule und der Kommune gemeinsam gestaltet werden. Da die Musikschulen öffentliche Einrichtungen seien, solle eine Empfehlung ausgesprochen werden, wie verhindert werden könne, dass die offene Ganztagschule zum „Billiganbieter“ werde und in Konkurrenz trete mit den Musikschulen. Eine Lösung könne er dafür nicht anbieten, dies müsse aber auf kommunaler Ebene geregelt werden. – Auf die Frage von Frau Boldt sei zu antworten, die Bundesebene solle garantieren, dass allen Kindern der Zugang zu Bildung ermöglicht werde. Aus dieser Quantität ergebe sich dann die Erfassung der Qualität, und dafür seien die Mittel und Möglichkeiten vorhanden, die beschriebene Intensität zu erreichen. – Zu dem genannten Beispiel könne er eine ungefähre Parallele aus dem Bereich der Musikschulen in Deutschland anführen. Denn für die rd. 1000 Musikschulen aus dem Verband deutscher Musikschulen seien die dort festgelegten Qualitätskriterien verbindlich. Einige Bundesländer hätten sich daran angeschlossen und die Landesbeziehung davon abhängig gemacht. Die verbindliche Einführung eines solchen Kriterienkatalogs in allen Bundesländern sei wünschenswert.

Prof. Dr. Max Fuchs äußert die Einschätzung, dass die Vorteile der Zuständigkeit mehrerer Ressorts für die kulturelle Bildung die Nachteile überwiegen. Er würde sich einen noch stärkeren Wettbewerb der verschiedenen Ressorts in der kulturellen Bildung wünschen. Die Zugehörigkeit der kulturellen Bildung zu mehreren Politikfeldern entspreche einfach den gesellschaftlichen Realitäten. Kulturelle Bildung als Arbeitsprinzip strahle weit über die heute genannten spezialisierten Kultur- und kulturpädagogischen Einrichtungen hinaus: kein Jugendverband, der heute Freizeitaktivitäten plane, ohne dass Theater gespielt oder Musik gemacht werde. Gerade dadurch, dass kulturelle Bildung im Jugendbereich, z.B. in der Jugendhilfe, angesiedelt sei, könnten größere Zielgruppen für Kulturarbeit erreicht werden. Insofern sei er eher gegen eine einheitliche Lösung. Allerdings sei das Münchner Beispiel sehr positiv, wo ein Gesamtkonzept für Kinder- und Jugendkulturarbeit entwickelt worden sei. Dort habe eine intensive Koordinierung aller zuständigen Bereiche und Ressorts, von der politischen bis zur Ausführungsebene, stattgefunden. Dieses Konzept sei zukunftssträchtig, auch etwa für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Institutionen in der Ganztagschule. Man könne sich überlegen, wie eine

solche Koordinierung sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene geschehen könne. – Zu der Frage von Dr. von Loeffelholz wolle er darauf hinweisen, dass der Deutsche Kulturrat in den GATS-Verhandlungen in Cancún mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zusammengearbeitet habe, um weitere Privatisierung im Bereich von Kultur, Bildung und der audiovisuellen Medien zu verhindern. In Sachen Kulturberichterstattung könnten die Hoffnungen allein auf die Öffentlich-Rechtlichen gesetzt werden, wie der Deutsche Kulturrat aus den Erfahrungen mit seinem Sitz im Programmausschuss von RTL wisse. Die Frage, inwieweit der Bildungs- und Kulturauftrag verstärkt werden könne, werde mit dem Intendanten des WDR Fritz Pleitgen auch diskutiert. Die Öffentlich-Rechtlichen seien aber nach eigener Aussage auch an den „Fetisch der Quote“ gebunden. Um bei den Öffentlich-Rechtlichen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, eher auf Qualität denn auf Quantität zu setzen, sei zweierlei, nämlich die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Politik, vonnöten, und für letzteres sehe er eine Aufgabe dieser Enquete-Kommission.

Peter Kamp sagt, er könne Dr. Eickers Forderung nach einer Zugangsgarantie zu eigener künstlerisch-kultureller Praxis nur unterstreichen. Es sei allerdings ein unterschiedlicher Zugang zu den einzelnen Sparten möglich. Im Bereich der bildenden Künste sei es eine offene Frage, wie die unterschiedlichen Zugänge zur Kunst, einerseits der Rezeptionsbereich (z.B. in Museumskooperation), andererseits der Zugang zu eigener gestalterisch-ästhetischer Praxis, zusammengeführt werden könnten und zu einem intensiven Kunsterlebnis führen könnten. Die Aufgabenbeschreibung der Bildlesekompetenz als einer zentralen Kompetenz sei eine Herausforderung, die über die formale Zugangsgarantie am ehesten zu erreichen sei.

Dr. Jakob Johannes Koch antwortet Dr. Zehetmair, das Zueinander von Amateurengagement und Professionalität in der Kunst sei ein alter Streitpunkt. Man dürfe beides nicht gegeneinander ausspielen. Das abendländische Kulturerbe sei in seinen Spitzenerzeugnissen derart anspruchsvoll, dass es von Amateurkräften allein nicht bestritten werden könne. Dafür würden Profis benötigt, deren höhere Honorare daher gerechtfertigt seien.

Prof. Dr. Klaus Ring plädiert nachdrücklich für Schulbibliotheken. Die Idee des seinerzeitigen Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, keine Stadtteilbibliothek mehr zu eröffnen, die nicht gleichzeitig Schulbibliothek sei, sei gut gewesen. In öffentliche Bibliotheken, die in einer Schule untergebracht seien, gingen viele Bürger deshalb nicht mehr gern, weil der Zustand der Schulen nicht einladend sei. In einer Bibliothek müsse

man sich aber wohl fühlen können. Für Schulbibliotheken spreche, dass sie anders als früher nicht mehr nur Orte des Bücher Bewahrens seien, sondern Orte des Handelns. Es müsse ad hoc entschieden werden können, den Unterricht in die Bibliothek zu verlegen. Nur dort könnten Schüler an die Möglichkeiten des Bücher-Einsatzes für den Unterricht herangeführt werden. Schulbibliotheken müssten auch am Nachmittag zugänglich sein, etwa für die Erledigung ihrer Hausaufgaben; der Zugang müsse zudem niederschwellig sein. Wichtig sei überdies, dass öffentliche Bibliotheken für die Kinder erreichbar seien. Gerade in einer Zeit, in der mehr und mehr Bibliotheken geschlossen würden, sei dies in den Großstädten außerordentlich problematisch.

Dr. Gerd Taube antwortet Frau Boldt, dass in Bezug auf die Qualität der Förderung in der Hochschulausbildung von Kultur- und Theaterpädagogen, von Theaterlehrern angesetzt werden müsse. Hier könne auch der Bund aktiv werden. Es sei unverantwortlich, dass in der Schauspielausbildung das Kinder- und Jugendtheater keine Rolle spiele. Dies führe ihn zur Frage von Dr. von Loeffelholz: Natürlich könne man Intendanten in den Vertrag schreiben, dass diese sich um das Publikum von Kindern und Jugendlichen zu kümmern hätten und dafür einen bestimmten Anteil ihrer finanziellen Mittel einzusetzen. Allerdings sei es wohl nicht so sinnvoll, solche Klauseln voraussetzungslos aufzunehmen, d.h. man müsse in der Ausbildung dann auch die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Eine Atmosphäre für Aktivitäten der kulturellen Bildung in Theatern zu schaffen, funktioniere nur über Personen, z.B. über die Person des Intendanten. Leuchtendes Beispiel sei das Bremer MOKS-Theater: Dort seien alle Schauspieler gleichzeitig Theaterpädagogen. Dies sei das anzustrebende Ideal.

Die **Vorsitzende** beendet die Fragerunde. Sie dankt den eingeladenen Experten, dass sie der Enquete-Kommission zu den Fragen Rede und Antwort gestanden und die schriftlichen Stellungnahmen ausgearbeitet hätten. Ihre Stellungnahmen würden bei den Beratungen zu den Handlungsempfehlungen durch die Enquete-Kommission berücksichtigt. Im Namen aller Kommissionsmitglieder wolle sie den Experten ihre Anerkennung für ihr Engagement und ihre Kompetenz aussprechen. Sie schließt die Sitzung.

Sitzungsende: 15.15 Uhr

Gitta Connemann MdB
Vorsitzende